

Klage eines Privatmanns gegen eine staatliche Einheit wegen Luftverschmutzung stattgegeben. Nach Darstellung der Zeitung handelte es sich um den ersten Prozess in der Geschichte der VR China, der von einer Privatperson im Bereich der Umweltverschmutzung angestrengt worden ist (wiedergegeben in SCMP, 25.10.00).

Der 43-jährige erwerbslose Zhang Diansheng hatte gegen eine städtische Energieversorgungsgesellschaft Klage wegen unzumutbarer Luftverschmutzung durch den Abgasausstoß einer ungefilterten Kohleverbrennungsanlage aus einem Schornstein erhoben, der sich in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung befindet. In den zwölf Jahren seit Einzug in diese Wohnung waren er, seine Frau und sein Sohn an den Wirkungen des Kohlestaubs schwer erkrankt und mussten ärztliche Behandlungskosten in Höhe von über 4.000 Yuan auf sich nehmen.

Unter Vorlage einer von mehreren Dutzend betroffenen Anwohnern unterzeichneten Petition, medizinischen Berichten, Krankenhausrechnungen und photographischem Dokumentationsmaterial forderte Zhang die sofortige Stilllegung des Schornsteins und verklagte die für die Abgasverschmutzung verantwortliche Gesellschaft auf Entschädigung für die verursachten Leiden und für die Renovierung der von Ruß geschwärzten Wohnung. Die angeklagte Partei weigerte sich zunächst, den Forderungen nachzukommen, mit der Begründung, der Kläger könne keine Evidenz für einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen dem Abgasausstoß und den Erkrankungen seiner Familie vorbringen. Das angerufene Gericht gab dem Kläger aber Recht und verurteilte die Gesellschaft zur Stilllegung des Schornsteins und zur Zahlung von insgesamt 5.000 Yuan an Entschädigungsgeldern.

Angeblich plant der Kläger nun, den nach Begleichung der entstandenen Unkosten verbleibenden Restbetrag von 1.000 Yuan für die Gründung eines „Fonds für Umweltschutz-Leibwächter“ einzusetzen, aus dem Personen unterstützt werden sollen, die sich in besonderer Weise für ökologische Ziele engagieren (ebd.).

Der Fall reflektiert das wachsende Umweltbewusstsein in der chinesi-

schen Gesellschaft, zeigt in seiner betonten Einzigartigkeit aber zugleich die großen Defizienzen in der Umsetzung bestehender ökologischer Standards auf, wie sie gegenwärtig noch bestehen. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

21 Ehrgeiziges Raumfahrtprogramm

Seit China im November 1999 sein erstes Raumschiff in den Weltraum geschickt hat, arbeiten chinesische Wissenschaftler und Techniker intensiv an dem Raumfahrtprogramm. Die Raumfahrt als Hightech-Forschungsgebiet genießt besondere staatliche Förderung. Die beiden wichtigsten derzeit angestrebten Projekte sind die eigene Erforschung des Mondes und die Beteiligung an der internationalen Exploration des Mars. Einzelheiten über die chinesischen Entwicklungen in der Raumfahrttechnologie und den Stand der beiden Projekte dringen nur sehr spärlich an die Öffentlichkeit, da die Programme stark vom Militär kontrolliert sind. Federführend für die Raumfahrtprogramme ist das Staatliche Luft- und Raumfahrtbüro (State Aerospace Bureau), dessen Direktor Luan Enjie anlässlich der ersten Welt-Raumfahrt-Woche, die die UNO im Jahre 1999 begründet hatte, einige Einzelheiten bekannt gab. Danach hofft China, bald Astronauten in den Weltraum zu schicken, um dann neben den USA und Russland zu den einzigen Nationen zu zählen, die in der Lage sind, bemannte Raumfahrtflüge zu unternehmen. Einen Zeitplan gab Luan allerdings nicht bekannt. Das bemannte Raumfahrtprogramm wird einerseits aus militärischem Interesse verfolgt, weil es eine neue Generation von Trägerraketen mit sich bringt, zum anderen aus wirtschaftlichen Gründen, weil sich China die verstärkte weltweite Vermarktung seiner Kommunikationssatelliten verspricht. Die bemannte Raumfahrt, die die Bezeichnung „Projekt 921“ trägt, hat in den letzten Jahren durch höhere staatliche Fördermittel und Hilfe von Russ-

land großen Auftrieb erfahren. Die Programme werden als Prestigeprojekte betrachtet, die Chinas Ansehen und Einfluss in der Welt stärken können.

China ist dabei, für die geplante Mondmission spezielle Roboter zu entwickeln, die zum Einsatz kommen sollen, bevor chinesische Astronauten auf dem Mond landen. Außer bei der Mondmission sollen die Roboter auch bei sonstigen Weltraumaktivitäten eingesetzt werden, wie z.B. beim Satellitenservice und wissenschaftlichen Experimenten in einer Weltraumstation. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sicherheit sollen Roboter eher eingesetzt werden als Astronauten, so ließ Sun Zengqi wissen, ein führender Forscher für Weltraum-Roboter. Tatsächlich jedoch, so lässt sich seiner Argumentation entnehmen, ist China derzeit noch nicht in der Lage, bemannte Raumschiffe in den Weltraum zu schicken. Auf dem Mond soll der Roboter mögliche Landeplätze für Astronauten erkunden, Bilder vom Mond zur Erde senden und Gesteinsproben sammeln. Außerdem sollen Roboter entwickelt werden, die in Raumkapseln arbeiten. Gegenwärtig kann China noch keine großen Raumstationen bauen, wohl aber kleine Raumlabore. In diesen sollen Roboter Experimente durchführen. Ein erstes Roboter-Forschungszentrum wurde in Beijing errichtet. Dessen stellvertretender Direktor Liang Bin betonte, dass in vielen Schlüsseltechnologien für Raumfahrt-Roboter entscheidende Fortschritte erzielt worden seien. Der Abstand zu den führenden Nationen in der Entwicklung solcher Roboter - USA, Japan und Russland - sei deutlich verringert worden. Kooperationen auf diesem Gebiet gibt es mit Instituten in den USA und Hongkong. (Vgl. XNA, 5. u. 17.10.00)

Demgegenüber kann China auf dem Gebiet der Satellitentechnologie beachtliche Erfolge vorweisen. Hier kann es auf dreißig Jahre praktischer Erfahrungen zurückblicken. In diesen drei Jahrzehnten hat China 40 Satelliten ins All transportiert, darunter 10 Kommunikationssatelliten, 17 bergungsfähige Satelliten, 5 Wettersatelliten und 10 Satelliten für technische Versuche. Die meisten sollen sehr gut funktionieren. Federführend auf diesem Gebiet ist die Chinesische Akade-

mie für Weltraumtechnologie. Deren Präsident Li Zuhong ist optimistisch, was die Entwicklung der chinesischen Satellitenindustrie im 21. Jahrhundert angeht, sieht aber auch die großen Herausforderungen, vor der sie vor allem wegen der internationalen Konkurrenz steht. Chancen für Chinas Satellitenindustrie sieht er in dem wachsenden Bedarf an Gebrauchssatelliten auf den Gebieten Meteorologie, Ozeanographie, Umwelt, Rundfunk und Kommunikation, Finanzen, Bildung, Land- und Forstwirtschaft sowie Unterhaltung. Der zunehmende Einsatz von Satelliten könne das Wirtschaftswachstum Chinas fördern. Das wichtigste Forschungsinstitut hinter der Satellitenindustrie ist das Institut für Raumfahrzeug-Systemtechnik an der Akademie für Weltraumtechnologie. Wie ein führender Forscher dieses Instituts erläuterte, sehen sich die chinesischen kommerziellen Satelliten aber auch ernsthaften Herausforderungen gegenüber. Kapitalmangel, lange Entwurfzeiten und keine kontinuierliche Entsendung von Satelliten in den Weltraum seien Nachteile, mit denen Chinas Satellitenindustrie zu kämpfen habe. Dennoch ist auch er überzeugt, dass China in der Lage sein werde, seine Satellitenindustrie in großem Stil zu entwickeln. (Vgl. XNA, 15.10.00) -st-

22 Hochschulreform: Zusammenschlüsse und Neustrukturierung

In Chengdu wurde kürzlich die Universität Sichuan (*Sichuan Daxue*) um die Westchinesische Medizinische Universität (*Huaxi Yike Daxue*) erweitert. Bereits im Jahre 1994 war die Wissenschaftlich-technische Universität Chengdu mit der Universität Sichuan zusammengelegt worden, der erste Hochschulzusammenschluss dieser Art in China. Damit stand die Universität Sichuan an der Spitze der Reform des Hochschulsystems, die das Ziel hat, die Universitäten in umfassende tertiäre Bildungseinrichtungen von hohem Niveau zu verwandeln. Die ehemalige Westchinesische Medizinische Universität hat eine Geschichte von 90 Jahren und zählt zu den angesehensten Medizinischen Hochschulen Chinas. Unter diesen ist sie eine von dreien, die dem „Projekt 211“

angehören. (Im Rahmen dieses Projektes sollen im 21. Jh. 100 Universitäten Chinas zu Spitzenuniversitäten mit Weltniveau ausgebaut werden.) Während sie zuvor dem Gesundheitsministerium unterstand, ist nach dem Zusammenschluss das Bildungsministerium zuständig. Die neue Universität Sichuan besteht nunmehr aus neun Fakultäten mit 102 Studienfächern, die die Human-, Sozial- und Naturwissenschaften sowie die technischen und medizinischen Wissenschaften abdecken. An ihr lehren über 900 Professoren und studieren über 42.000 Studenten. Diese können in 71 Fächern promovieren und in 135 den Magister machen. Für das hohe wissenschaftliche Niveau der Universität spricht, dass an ihr sieben staatliche Schwerpunktfächer bestehen und 14 Fächer im Rahmen des „Projekts 211“ schwerpunktmäßig ausgebaut werden. (GMRB, 6.10.00)

Die Politik der Hochschulzusammenschlüsse, die einen wesentlichen Bestandteil der Hochschulreform ausmacht, wird verstärkt seit 1999 betrieben. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre waren von Zusammenlegung 406 Hochschulen betroffen, aus denen 171 Universitäten entstanden. Diese Reformmaßnahme war deshalb erforderlich, weil es in China zu viele spezialisierte Universitäten und Hochschulen gab, die sich regional überdies vielfach duplizierten. Insgesamt waren sie zu klein, um effektiv arbeiten zu können. Durch Zusammenlegung wurde es möglich, die Hochschulen zu umfassenden Universitäten auszubauen sowie eine vernünftige regionale Verteilung vorzunehmen und unnötige Doppelungen auszuschalten. Auch Rationalisierungseffekte wurden dadurch erzielt. So konnte z.B. bei der Universität Zhejiang durch die Zusammenlegung von fünf Hochschulen fast die Hälfte des mittleren Verwaltungspersonals eingespart und das Personal insgesamt um ein Drittel reduziert werden. Zudem konnte diese Universität durch den Zusammenschluss auch ihr wissenschaftliches Niveau steigern; sie steht z.B. in Bezug auf Akquirierung von Projekten der Staatlichen Stiftung für Naturwissenschaften und der Wissenschaftsstiftung für die Jugend an erster Stelle.

Bei der Neustrukturierung der Hochschulen geht es jedoch nicht nur um

Zusammenschlüsse, sondern auch um die Neuordnung der Zuständigkeiten. Von 509 umstrukturierten Hochschulinstitutionen wurden 306, die zuvor der Zentrale unterstanden, lokalisiert, d.h. Regierungen unterhalb der Zentralregierung unterstellt. Auf diese Weise wurden die Provinzen in verstärktem Maße für die Hochschulbildung zuständig. Die Stadt Beijing beispielsweise hatte ursprünglich zwölf Hochschulen, die sie selbst verwaltete. Diese Zahl ist inzwischen auf 28 angestiegen. Dies wirkt sich allgemein auf die Zulassungspraxis aus, die die Städte nun mehr auf ihre Bedürfnisse abstellen können. Während z.B. in Beijing der Anteil derjenigen Studenten, die die Stadt selbst rekrutieren konnte, nur 20% aller in Beijing neu zugelassenen Studenten betrug, ist er heute auf 30-40% angestiegen. Auch in Bezug auf die Besetzung ausgeschriebener Forschungs- und Studienplätze in Beijing spielen die der Stadt unterstellten Universitäten eine zunehmend wichtige Rolle.

Eine weitere Neuerung ist darin zu sehen, dass die Zuständigkeiten nicht mehr streng getrennt und Ausschließlichkeitsanspruch haben. So gibt es inzwischen auch gemeinsame Zuständigkeiten in der Form, dass die Zentrale eine ihr unterstellte Universität nicht mehr ausschließlich selbst finanziert, sondern die Regierung der Provinz, in der die betr. Universität liegt, sich an den Kosten beteiligt. Dies hat in praktischer Hinsicht zur Folge, dass über die Zulassung von Studenten, die Fächerstrukturierung und die Auswahl von Forschungsprojekten nicht mehr die Zentralregierung allein entscheidet, sondern die lokale Ebene ein Mitspracherecht hat. Auf diese Weise findet eine Pluralisierung der Finanzquellen statt, zumal die Universitäten nun auch in der Einwerbung von Mitteln aus der Wirtschaft freier sind. Bislang werden gut 300 Hochschulen von der Zentrale und einer Provinz gemeinsam finanziert.

Die Neustrukturierung der Hochschullandschaft erstreckt sich darüber hinaus auf die Kooperation zwischen Universitäten. Organisatorisch war es immer eine Schwäche chinesischer Institutionen, dass die Verbindungslinien vertikal, nicht aber horizontal verliefen. Hochschulkooperationen waren daher die Ausnahme. Im Zuge

der Neuordnung wird nun in verstärktem Maße die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen gefordert, und zwar hauptsächlich aus Gründen der Rationalisierung und besseren Auslastung. So können nahe beieinander gelegene Universitäten z.B. Einrichtungen wie Bibliotheken, Labore usw. gemeinsam nutzen, Professoren austauschen, Studenten können an verschiedenen Hochschulen Kurse besuchen usw. Damit wird die traditionelle Abgeschlossenheit der Hochschulen überwunden.

Wie es heißt, hat die Reform der Hochschulstruktur und -verwaltung während der Planperiode 1996-2000 Gestalt angenommen und ist im Wesentlichen abgeschlossen. Die dabei verfolgte Politik „Gemeinsames Errichten, Neuordnung, Kooperation und Zusammenlegung“ wird als erfolgreich bezeichnet. Sie hat Rationalisierungseffekte mit sich gebracht und die betroffenen Universitäten effizienter gemacht. (Vgl. dazu GMRB, 9.10.00, S.1) -st-

23 Zahlen zum Bildungswesen in Tibet und Xinjiang

Im Rahmen des Programms für die Entwicklung der unterentwickelten westlichen Regionen der VR China spielt das Bildungswesen eine wichtige Rolle, wie auch die chinesische Regierung zu betonen nicht müde wird. Kürzlich wurden neue offizielle Zahlen zum Bildungswesen der jeweiligen Regionalregierung in Tibet und Xinjiang bekannt, die hier wiedergegeben werden sollen. Danach soll sich in Tibet die Analphabetenrate von 95% vor fünfzig Jahren auf gegenwärtig 42% gesenkt haben. Ein modernes Schulsystem, so heißt es, habe es damals in Tibet nicht gegeben. Bildung sei nur für eine kleine Elite in lamaistischen Klöstern zugänglich gewesen. Heute gebe es 4.000 Schulen mit 360.000 Schülern, und 83,4% der Kinder im schulpflichtigen Alter „könnten“ zur Schule gehen (XNA, 10.10.00). In Tibet ist es ungleich schwieriger als in den hanchinesischen Gebieten, die genaue Schülerzahl zu ermitteln, nicht nur weil viele die Schule vorzeitig abbrechen, sondern vor allem weil bei der saisonal umherziehenden Hirtenbevölkerung ein ste-

tiger Schulbesuch kaum möglich ist, es sei denn, die Kinder werden in Internate geschickt. Deshalb wird hier das Potenzial des Schulbesuchs angegeben, d.h. der Anteil der Kinder im Schulalter, für die theoretisch Schulen zur Verfügung stehen. Diese Angabe verschleiert jedoch die Tatsache, dass der Schulbesuch im Vergleich zum übrigen China sehr niedrig liegt. Derselben Quelle zufolge schlossen seit 1951 gut 20.000 Tibeter eine Hochschulbildung ab.

Für Xinjiang, dem Autonomen Gebiet der Uiguren, wird angegeben, dass die neunjährige Schulpflicht Ende 1999 in den 55 Städten, einschließlich der Kreisstädte, eingeführt war. Gegenwärtig sollen in der Autonomen Region auf 10.000 Einwohner 1.435 Grundschüler, 500 Mittelschüler der Unterstufe und 108 der Oberstufe, 53 Studenten polytechnischer Schulen und 31 Hochschulstudenten kommen, was dem nationalen Durchschnitt entsprechen soll. In Xinjiang gibt es derzeit 17 tertiäre Bildungseinrichtungen mit rund 60.000 Studenten. Allein in den beiden vergangenen Jahrzehnten sollen mehr als 330.000 Studenten ein Hochschulstudium absolviert haben. Die Entwicklung des Schulwesens in Xinjiang wird als bemerkenswerter Fortschritt gewertet. (XNA, 16.10.00)

Ähnlich wie in Tibet ist es auch in Xinjiang schwierig, genaue Schülerzahlen zu ermitteln, da die nicht-städtische Bevölkerung auf Grund der saisonalen Verlegung der Weideplätze häufig nicht ortsgebunden ist. Zudem muss berücksichtigt werden, dass in beiden Regionen ein großer Anteil Hanchinesen lebt, sodass sich in den angegebenen Zahlen nicht unbedingt der reale Schulbesuch der ethnischen Bevölkerung widerspiegelt. Dennoch kann kein Zweifel bestehen, dass das Schulwesen insbesondere in den beiden letzten Jahrzehnten merklich ausgebaut wurde. -st-

24 Gründung des Chinesisch-deutschen Zentrums für Wissenschaftsförderung

Im Oktober 2000 wurde in Beijing das Chinesisch-deutsche Zentrum für Wissenschaftsförderung offiziell eröffnet. Das gemeinsam von der Chinesischen Stiftung für Naturwissenschaft-

ten und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gegründete Zentrum hat die Aufgabe, die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im Bereich Grundlagenforschung zu fördern. Es soll vor allem jungen Forschern optimale Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Austausch bieten. Der Schwerpunkt liegt auf den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Die Chinesische Stiftung und die DFG haben 1986 ein Partnerschaftsabkommen geschlossen, in dem der Austausch von Wissenschaftlern vereinbart wurde. Im Laufe der neunziger Jahre wurden die Pläne zur Gründung einer gemeinsamen Einrichtung konkretisiert, 1998 schließlich der Grundstein für das neue Gebäude gelegt. Die deutsche Seite steuerte 5 Mio. DM bei, die aus Mitteln des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft kamen.

Konkrete Aufgaben des Zentrums bei der Förderung der Zusammenarbeit sind die Unterstützung gemeinsamer Forschungsvorhaben chinesischer und deutscher Wissenschaftler, etwa durch die Suche nach geeigneten Partnern, die Finanzierung so genannter „Rainbow-Konferenzen“, die der Begegnung von Spitzenforschern und talentierten Nachwuchswissenschaftlern beider Länder dienen, oder die Beteiligung an den Kosten für die Vorbereitung und Ausarbeitung von Projekten. Forschungsprojekte selbst finanziert das Zentrum jedoch nicht, sondern jeweils die DFG und die Chinesische Stiftung für Naturwissenschaften. Hingegen kann das Zentrum die Veröffentlichung gemeinsamer Forschungsergebnisse finanziell unterstützen. Die jährlichen Kosten für das Zentrum werden von beiden Organisationen getragen. Neben Vortrags- und Seminarräumen, einem Hörsaal, einer kleinen Bibliothek und einer Ausstattung mit modernen Kommunikationsmitteln unterhält das Zentrum auch einige Appartements, die die Wissenschaftler während ihres Aufenthalts in Beijing nutzen können. Die neuen Räume stehen auch anderen deutschen Wissenschaftsorganisationen zur Verfügung, längerfristig auch europäischen Organisationen zur Wahrnehmung ihrer bilateralen Aufgaben. (DFG-Press-Info vom 16.10.00) Wie bei allen Institutionen dieser Art üblich, ist auch dieses Zen-

trum nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit organisiert. -st-

25 Literatur-Nobelpreis für Gao Xingjian

Am 12. Oktober 2000 gab die Schwedische Akademie bekannt, dass der diesjährige Nobelpreis für Literatur an Gao Xingjian gehe. In der Begründung heißt es, Gao habe „ein Werk von universaler Gültigkeit, bitterer Einsicht und sprachlichem Sinnreichtum“ geschaffen und der chinesischen Roman- und Dramatik so neue Perspektiven eröffnet (NZZ, 13.10.00). Damit hat zum ersten Mal ein gebürtiger Chinese diesen angesehenen Literaturpreis erhalten. Literaturkreise in China selbst und westliche Chinakenner sind schon lange der Meinung gewesen, es sei an der Zeit, dass der Literatur-Nobelpreis einem Chinesen zugesprochen würde. Doch Freude kam in China - zumindest von offizieller Seite - nicht auf. Der Grund liegt darin, dass Gao Xingjian Exilchinese ist, der seiner Heimat den Rücken gekehrt hat, seit 1987 in Frankreich lebt, 1998 die französische Staatsangehörigkeit angenommen hat und in China Persona ingrata ist.

Gao wurde 1940 in Ganxian im Süden der Provinz Jiangxi geboren. Anfang der 60er Jahre studierte er Französisch an der Beijinger Fremdsprachenuniversität. Während der Kulturrevolution begann er zu schreiben, doch seine Frau denunzierte ihn, sodass er seine Manuskripte verbrennen musste und in ein Umerziehungslager auf dem Lande geschickt wurde. Nach der Kulturrevolution arbeitete er als Übersetzer für Französisch beim Chinesischen Schriftstellerverband und konnte in dieser Eigenschaft als Mitglied einer Delegation 1978 (1979?) zum ersten Mal Frankreich besuchen. Anfang der 80er Jahre begann er eine Reihe von Dramen zu verfassen. Sein erstes Drama, „Stoppsignal“ von 1981, ist noch der Tradition des sozialistischen Realismus verpflichtet, doch in den folgenden Stücken entfernte er sich mehr und mehr vom Realismus und wurde zu einem der profiliertesten und bekanntesten Avantgarde-Künstler und Vertreter des absurden Theaters. Beispiele sind „Die Busstation“, „Frauen“, „Das andere Ufer“ und „Yeti“ (*Yeren*).

Im Jahre 1985 soll ihn eine offizielle Zeitung, die *Beijing Daily*, als führenden Erneuerer des chinesischen Dramas gepriesen haben, obwohl er bereits zwei Jahre zuvor in der Kampagne gegen „geistige Verschmutzung“ kritisiert worden war. Danach zog sich Gao zurück, indem er sich auf eine elfmonatige Reise durch Südwestchina begab. Als Ergebnis dieser Reise entstand sein wohl berühmtester Roman *Ling Shan* (Der Berg der Seele, 1990). Im Jahre 1985 wurde er nach Frankreich eingeladen, kehrte 1986 noch einmal kurz nach China zurück, um sich 1987 endgültig in Paris niederzulassen. 1986 wurde „Das andere Ufer“ in Beijing inszeniert, dann aber verboten, und seitdem wurde keines seiner Stücke mehr in China aufgeführt. In dem Drama „Die Flucht“ von 1989 verarbeitete er die blutige Niederschlagung der Studentendemonstrationen desselben Jahres und wurde daraufhin zur Persona ingrata erklärt. Gao lebt heute in einem Vorort von Paris. Er widmet sich neben dem Schreiben auch der Malerei und schreibt mittlerweile auch in französischer Sprache. (Vgl. SCMP, NZZ, FAZ, 13.10.00; SCMP, 23.10.00)

Gao Xingjians Biographie macht erklärlich, warum offiziell in China keine Begeisterung über den Nobelpreis aufkommt. Dass das Ereignis in den offiziellen chinesischen Medien der Volksrepublik verschwiegen worden sei, wie es in manchen Berichten des Auslands zu lesen war, stimmt nicht. Die *Volkszeitung* brachte am 14. Oktober auf ihrer zweiten Seite eine kurze Meldung folgenden Wortlauts:

„Am 12. Oktober hat die Schwedische Akademie für Literatur den Nobelpreis für Literatur des Jahres 2000 an den in Frankreich registrierten chinesischen Schriftsteller Gao Xingjian vergeben.“

Gao Xingjian wurde 1940 in China in der Provinz Jiangxi geboren, ging 1987 ins Ausland und erwarb danach die französische Staatsangehörigkeit.

In einem Interview mit einem Reporter der Nachrichtenagentur Xinhua sagte ein verantwortlicher Vertreter des Chinesischen Schriftstellerverbandes, China habe sehr viele weltberühmte hervorragende literarische Werke und Literaten, doch das Auswahlkomitee für den Literatur-

Nobelpreis weiß darüber nichts. Wie es aussieht, ist der Nobelpreis nicht unter literarischen Gesichtspunkten vergeben worden, sondern nach politischen Kriterien. Dies zeigt, dass der Nobelpreis in Wirklichkeit für politische Ziele benutzt wurde und seine Autorität verloren hat.“

Aus dieser Meldung geht dreierlei hervor:

1. Da Gao französischer Staatsbürger ist, hat man ihn gleichsam abgeschrieben. Doch die französische Staatsangehörigkeit dient nur als Vorwand, um die politischen Motive zu verschleiern. Naturwissenschaftler chinesischer Herkunft, die beispielsweise US-Bürger geworden sind, sind in Beijing gern gesehene und hoch willkommene Gäste.

2. Aus der Meldung spricht eine in China besonders in konservativen Kreisen weit verbreitete Auffassung, dass nämlich das Ausland in Bezug auf China ignorant ist, dass Ausländer nichts von China verstehen und daher auch nicht kompetent sind, etwa über chinesische Literatur ein Urteil abzugeben.

3. Der Literatur-Nobelpreis wird abgewertet, indem man dem Komitee politische Motive unterstellt. Dies mag berechtigt sein, klingt aber aus chinesischem Munde scheinheilig, denn in der Volksrepublik wird Literatur von der offiziellen Literaturkritik stets politisch bewertet, nicht zuletzt im Falle Gao Xingjian.

Angesichts der offiziellen Meinung über Gao hielt man sich in der Volksrepublik mit positiven Äußerungen zurück. Versuche von Journalisten, Fachleute, Kollegen und Freunde von Gao um ihre Meinung zu bitten, schlugen meist fehl. Ein Literaturwissenschaftler der Akademie der Sozialwissenschaften soll bemerkt haben, der Schriftstellerverband habe sein Urteil abgegeben, wenn er mehr sage, könne er Schwierigkeiten bekommen (SCMP, 23.10.00). Zudem sollen die Internet-Zensoren systematisch auf allen chinesischsprachigen Portalen Artikel gelöscht haben, die begeistert für Gao Stellung beziehen (ebd.). Weniger exponierte Personen äußerten sich jedoch durchaus positiv und ließen erkennen, dass Gao insbesondere in

Theaterkreisen keineswegs vergessen ist (vgl. SCMP, 13.10.00).

Im Unterschied zur Volksrepublik wurde der Literatur-Nobelpreis in Hongkong und Taiwan enthusiastisch begrüßt. In den Medien wurde ausführlich über Gao berichtet, und die Nachfrage nach den Werken des Schriftstellers konnten die Verlage und Buchhandlungen kaum befriedigen. Denn nicht nur in Europa liegen ganz wenige seiner Werke in Übersetzung vor, auch in Hongkong waren die Restexemplare früherer Auflagen schnell vergriffen, sodass die Verlage umgehend nachdrucken mussten (SCMP, 14.10.00). Taiwan beeilte sich, Gao Xingjian nach Tabei einzuladen. Der Besuch ist für Januar 2001 vorgesehen (SCMP, 21.10.00). Auch Hongkong plant den Schriftsteller einzuladen, und zwar zum Hongkonger Literatur-Festival im kommenden Juni. Wie von Seiten der Innenbehörde verlautete, sollte der Besuch, für den die Einladung angeblich noch nicht ausgesprochen wurde, nicht politisiert werden (SCMP, 26.10.00). Die Hongkonger Regierung ist laut „Basic Law“ in Bezug auf Einwanderungs- und Einreiseangelegenheiten autonom und nicht an Beijings Bann gegen Gao gebunden. Dennoch scheint es, dass sie den Fall herunterspielen will, um keine Probleme mit Beijing zu bekommen. In der Vergangenheit hat Gao Xingjian Hongkong regelmäßig zu Vorträgen und Workshops besucht (SCMP, 13. u. 18.10.00).

Unterdessen sollen in der Volksrepublik 60 Dissidenten aus Xi'an (Shaanxi), Nanjing (Jiangsu) und Zhejiang eine Petition an die KPCh gerichtet haben, in der sie fordern, das Verbot der Werke des Nobelpreisträgers aufzuheben und Gao Xingjian nach China einzuladen. Zugleich verlangen sie, die Partei möge künstlerische Freiheit respektieren. Der Bann gegen Gao, so wird in dem Brief argumentiert, verletze Rechte, die in der Verfassung festgelegt seien. (SCMP, 21.10.00)

In dem Konflikt zwischen der offiziellen Kulturbürokratie mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Nobelpreisträger auf der einen und Gao Xingjian sowie Dissidenten, Schriftsteller- und Künstlerkollegen und vielen anderen Intellektuellen in China auf der anderen Seite

geht es nur vordergründig um künstlerische Freiheit. Der eigentliche Konflikt betrifft die Frage chinesische vs. universelle Werte. China beansprucht für sich ein eigenes Wertesystem und tut sich schwer, allgemein gültige Werte anzuerkennen. Diese Haltung wird umso ausgeprägter, je mehr Chinas sozioökonomische Integration in die Welt voranschreitet. Gao Xingjian jedoch ist ganz und gar universellen Werten verpflichtet. Zudem betrachtet er Literatur als individuelle Ausdrucksform, die keinerlei Beschränkungen duldet, schon gar nicht solche, die von Staat und Partei oder vom Volk ausgehen, wie Gao in dem Essay „Das Absurde ist in mir“ darlegt (in: *Nächtliche Wanderung - Reflektionen über das Theater*, Edition Mnemosyne, Neuaufl. Okt. 2000, abgedruckt in: *Die Zeit*, Nr. 43, 19.10.00). Nach Lesart der immer noch sehr orthodoxen Kulturbürokratie hat Literatur dem Volk und dem Sozialismus zu dienen. Gerade hierin sieht Gao die Misere der Literatur Chinas im 20. Jahrhundert begründet. In demselben Essay heißt es:

„Die neue chinesische Literatur hat sich seit dem 4. Mai nie richtig entfalten können. Mit zu vielen politischen und gesellschaftlichen Einschränkungen hatte sie zu kämpfen, zu viele Debatten hat man ihr zugemutet. Dabei wurden immer die der Literatur eigenen Fragen gering geschätzt.“

Gao betont ausdrücklich, dass er sich keiner Schule und keiner Theorie zuordnet, auch nicht dem Nationalismus und Patriotismus (ebd.), die heute in China als höchste Werte zu gelten haben. Ein Schriftsteller, der sich weder als „Repräsentant einer nationalen Kultur“ noch als „Fürsprecher der Volksmassen“ begreift (ebd.), kann in China keine öffentliche Würdigung erfahren, solange dort an der Ausschließlichkeit des chinesischen Wertesystems festgehalten wird. -st-

26 Protest gegen Heiligsprechung von 120 Märtyrern durch Rom

Am 1. Oktober 2000 hat der Vatikan 120 Märtyrer, die zwischen Mitte des 17. Jahrhunderts und 1930 in China ihr Leben lassen mussten, heilig gesprochen. Es handelt sich um

87 Chinesen und 33 europäische Missionare (13 französische, 12 italienische, 6 spanische und je einen belgischen und niederländischen) (vgl. *China heute*, Jg. XIX, 2000/5, S.156-158, mit vollständiger Namenliste). Gegen diese Maßnahme haben sowohl die Katholische Kirche Chinas als auch die chinesische Regierung aufs heftigste protestiert. Die Patriotische Katholische Vereinigung Chinas und das offizielle Bischofskollegium Chinas hatten im September von der geplanten Heiligsprechung erfahren und ihren Protest am 26. September formuliert (vgl. GMRB, XNA, 27.9.00). Sie nahmen vor allem an drei Punkten Anstoß:

1. Der Vatikan habe das chinesische Bischofskollegium vorher nicht konsultiert, sondern die Sache mit den Bischöfen Taiwans abgestimmt. Mit diesem Verhalten habe Rom die Souveränität der Katholischen Kirche Chinas missachtet. Dazu ist zu sagen, dass der Vatikan keine Beziehungen zur offiziellen Katholischen Kirche in China unterhält, sondern nur zur Kirche in Taiwan, es also formal keine Möglichkeit der Absprache gab.

2. Besonders empört zeigte man sich darüber, dass als Tag der Heiligsprechung der 1. Oktober gewählt worden war, der Nationalfeiertag der VR China, für die dieser Tag die Befreiung von „der imperialistischen und kolonialistischen Aggression“ bedeutet. Das zeitliche Zusammentreffen beider Tage sei eine offene Beleidigung und Missachtung des chinesischen Volkes und der Katholischen Kirche Chinas, die China nicht hinnehmen könne. Von Seiten des Vatikans hieß es dazu offiziell, man habe die Heiligsprechung auf den Festtag der Patronin der Mission, der Kleinen hl. Theresia, gelegt, die mit China geistig eng verbunden gewesen sei (*China heute*, ebd., S.134). Dennoch kann wohl kein Zweifel bestehen, dass sich Rom des sensiblen Datums bewusst war. Die Wahl des 1. Oktober war zumindest ungeschickt und hätte vermieden werden können.

3. Eine Reihe der Missionare, die heilig gesprochen werden sollte, seien Komplizen der Imperialisten gewesen und hätten sich schwerer Verbrechen am chinesischen Volk schuldig gemacht; überdies seien einige von ihnen auch nicht aus Glaubensgründen umgekommen. Die Imperialisten

hätten die christlichen Kirchen für ihre Interessen benutzt, und die ausländischen Missionare hätten unter dem Schutz der „ungleichen Verträge“ gegen das Gesetz und gegen die öffentliche Meinung verstoßen und dadurch über 1.500 sog. Missionszwischenfälle verursacht, bei denen zahllose Chinesen ihr Leben verloren hätten. Mit der Heiligsprechung versuchten einige Leute im Vatikan, die Geschichte zu verdrehen, wieder Kontrolle über die chinesischen Katholiken zu bekommen und die Gläubigen gegen die Regierung aufzuhetzen. Sie wollten die Religionsfrage benutzen, um sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen. Dies sei nicht nur eine Herausforderung für die chinesische Regierung, sondern auch für die Gefühle der 4 Millionen Katholiken in China und der 1,2 Milliarden Chinesen.

Ähnlich äußerte sich das Außenministerium auf einer Pressekonferenz am 26.9.2000 (vgl. Zhongguo Xinwen She, 26.9.00, nach SWB, 28.9.00). Die meisten der 120 Personen, die heilig gesprochen werden sollten, seien hinge richtet worden, weil sie chinesische Gesetze verletzt hätten, oder während der Kämpfe des chinesischen Volkes gegen die ausländische Aggression im Opiumkrieg und im Boxerkrieg getötet worden. Die Heiligsprechung dieser Missionare, die monströse Verbrechen am chinesischen Volk begangen hätten, verletze die Gefühle des chinesischen Volkes und die Würde der chinesischen Nation. Am folgenden Tag stimmte auch der Chinesische Christenrat, die Vereinigung der chinesischen Protestanten, in den Protest ein (XNA, 28.9.00). Zugleich verlangten die offiziellen christlichen Vereinigungen, dass sich der Vatikan für alle Verbrechen der Kirche in China entschuldigen solle (ANSA news agency database, Rome (engl.), 27.9.00, nach SWB, 30.9.00).

Am Tag der Heiligsprechung wurden die offiziellen Proteste in verschärfter Form wiederholt. In einer Erklärung des Außenministeriums wurden „äußerste Empörung“ und „heftiger Protest“ geäußert; der Vatikan wurde beschuldigt, Sünder, die Böses getan hätten, heilig zu sprechen, dies sei eine Provokation und Beleidigung des patriotischen Widerstands des chinesischen Volkes gegen ausländische Aggression und Unterdrückung. (XNA,

2.10.00) Von Seiten des Amtes für religiöse Angelegenheiten unter dem Staatsrat wurden geschichtsklitternde Anschuldigungen gegen die christliche Missionsarbeit vorgebracht, die geeignet sind, alte Klischees aus der Kulturrevolution und anderen antiwestlichen Kampagnen wieder aufleben zu lassen (vgl. XNA, 2.10.00). Die Partei setzte ihren Propagandaapparat in Bewegung und organisierte u.a. Symposien für Vertreter der beiden offiziellen christlichen Kirchen und solche anderer Religionsgemeinschaften, aber auch von Historikern und anderen einschlägigen Kreisen (RMRB, XNA, 3.10.00; RMRB, 2. bis 6.10.00). Begleitet wurden diese Veranstaltungen, die auch auf örtlicher Ebene organisiert wurden, durch eine förmliche Medienkampagne gegen die Heiligsprechung der 120 Christen.

In einem Zeitungskommentar (RMRB, 3.10.00) heißt es, die Missionare seien in Begleitung von Kriegsschiffen und ungleichen Verträgen nach China gekommen. Sie hätten Opium verkauft, spioniert, an der Invasion teilgenommen und die ungleichen Verträge entworfen. In allen Beiträgen wird der Eindruck vermittelt, alle Missionare seien Verbrecher gewesen, eine Klischeevorstellung, die durch sachliche historische Aufarbeitung der beiden vergangenen Jahrzehnte überwunden zu sein schien. In einem Artikel in derselben Ausgabe der *Volkszeitung* werden die 120 heilig gesprochenen Christen in drei Kategorien eingeteilt: 1. ausländische Missionare, die Werkzeuge der kolonialistischen und imperialistischen Aggression waren, 2. chinesische Katholiken, die Helfershelfer der ausländischen Missionare waren, und 3. chinesische Katholiken, die ihr Leben im Kampf gegen die imperialistische Aggression verloren und Opfer dieser Aggression wurden. Von den 120 „Heiligen“, so der Artikel, seien 17 von der Qing-Regierung auf Grund Zuwiderhandelns gegen das Missionsverbot der Qing-Dynastie hingerichtet worden, 15 hätten bei „Missionszwischenfällen“ zwischen dem Opiumkrieg und 1900 den Tod gefunden, 86 hätten in der Boxerbewegung und zwei 1930 ihr Leben verloren.

Die Mehrzahl der neuen Heiligen war demnach Opfer des Boxeraufstandes, der sich in diesem Jahr zum hundertsten Male jährt und wegen sei-

ner Implikationen mit ausländischen Missionaren ein willkommenes Thema für die Auseinandersetzung mit der Katholischen Kirche bot; entsprechend wurde die Boxerbewegung vor allem Ende September ausgiebig in den Medien behandelt (vgl. z.B. GMRB, 22.9.00, C 3; 27.9.00, A 2; 29.9.00, B 3; RMRB, 6.10.00, S.2). Bekanntlich war unter Mao jegliche Missionstätigkeit pauschal verurteilt worden. In nachmaoistischer Zeit bemühten sich chinesische Historiker um eine differenziertere Sicht und benannten durchaus auch die positiven Seiten christlicher Missionstätigkeit, etwa im Gesundheits- und Bildungswesen. In ähnlich differenzierender Weise wurden nun auch die Bauernaufstände, zu denen die Boxerbewegung zählt, kritischer gesehen. Während Mao persönlich sie zur Triebkraft der chinesischen Geschichte erhoben hatte und sie entsprechend glorifiziert wurden, setzte mit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode eine kritische Neubewertung ein. Das Ergebnis war, dass nunmehr erklärt wurde, die Bauernaufstände hätten nichts zur Veränderung der Verhältnisse beitragen können. In diesem Sinne wurde auch der Boxeraufstand eher negativ bewertet, nämlich als ein Aufstand rückständiger, unwissender Massen, der bestenfalls noch seine patriotische Komponente behielt. Dabei war der zuvor bejubelte angebliche klassenkämpferische Antiimperialismus stillschweigend in einen den Massen innewohnenden Patriotismus umgemünzt worden.

Bemerkenswert ist, dass nun anlässlich der Heiligsprechung durch Rom die alte Terminologie wieder auflebt. Begriffe wie Imperialismus und Antiimperialismus, die seit Jahren nahezu völlig aus historischen Arbeiten zur modernen Geschichte Chinas verschwunden waren, beherrschen jetzt wieder die Diskussionen über die Boxer. Zugleich werden diese wieder positiver bewertet, indem ihr Kampf als ein gerechter antiimperialistischer, patriotischer Kampf des chinesischen Volkes betrachtet wird. Dieser Rückfall in die alte Rhetorik und dogmatische Sichtweise wird auf absehbare Zeit nicht ohne Einfluss auf die historische Forschung in China bleiben, die sich weitgehend von den Vorgaben des marxistisch-maoistischen Dogmas entfernt hatte.

Folgenreicher dürfte sich Chinas in dieser Sache an den Tag gelegte Haltung auf die Beziehungen zwischen der Volksrepublik und dem Vatikan auswirken. Konnte in jüngster Zeit von einer vorsichtigen Annäherung gesprochen werden, so haben die beiderseitigen Beziehungen nun einen empfindlichen Rückschlag erlitten, sodass eine Normalisierung zwischen der Volksrepublik und dem Vatikan in weite Ferne gerückt ist. -st-

Außenwirtschaft

27 Neue Verhandlungen über Versicherungslizenzen und Distributionsnetze zwischen EU und China

Ende Oktober teilte die EU-Kommission mit, dass in gemeinsamen Verhandlungen mit China noch offene Fragen zum WTO-Beitritt geklärt werden konnten. Zwar war im Mai ein beidseitiges Protokoll unterzeichnet worden, dass alle Fragen der Marktöffnung Chinas behandelte, doch vermisste die europäische Seite die Umsetzung der Zusagen über Versicherungslizenzen und Handel. Erneute Verhandlungen sollten sicherstellen, dass China seine Zusagen auch tatsächlich einhält. (AWSJ, 20.10.00)

Die Verhandlungen erhielten besonderes Gewicht, da sie im Rahmen des EU-China-Gipfeltreffens stattfanden und ein wichtiger Programmpunkt waren. Die EU-Delegation, die am 22.10.00 nach Beijing reiste, wurde vom französischen Ministerpräsidenten Jacques Chirac und EU-Kommissionspräsident Romano Prodi angeführt. Der EU-Handelskommissar Pascal Lamy sowie EU-Wirtschaftskommissar Pedro Solbes Mira und der außenpolitische Sprecher der EU, Solana, befanden sich ebenfalls in der Delegation. (XNA, 21.10.00)

Zunächst hatte das eintägige Gipfeltreffen keine konkreten Ergebnisse hinsichtlich Versicherungslizenzen und Handel für die EU mit sich gebracht. Es blieb bei der Beteuerung des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji, dass China alle Zusagen aus den bilateralen Verhandlungen

auch einhalten werde. Keine Fortschritte gab es zunächst auch bei der Frage, wann die zugesagten Versicherungslizenzen an europäische Unternehmen vergeben würden. Bisher wurden lediglich zwei von sieben versprochenen Lizenzen zugeteilt, und zwar an das italienische Unternehmen Assicurazioni Generali SpA und das holländische Unternehmen ING Groep NV. Ebenfalls keine konkreten Äußerungen machte die chinesische Seite hinsichtlich der im bilateralen Beitrittsprotokoll gemachten Zusagen zu Vertriebsrechten für ausländische Investoren, Inspektionen, Warenpreise und Urheberrecht. (HB, 24.10.00; AWSJ, 30.10.00)

Nach Angaben von Prodi bedurfte es erst einer Intervention von Ministerpräsident Zhu Rongji, um die festgefahrenen Gespräche wieder in Gang zu setzen. Die EU erhielt in Verhandlungen mit Zhu Rongji und Außenwirtschaftsminister Shi Guangshen die Zusage, weitere fünf Versicherungslizenzen für europäische Unternehmen vor dem WTO-Beitritt zu erhalten. Damit soll der Vorteil der US-Unternehmen, die bereits entsprechende Lizenzen besitzen, ausgeglichen werden. Weiterhin wurden Zusagen gegeben, die Beschränkungen bei der Gründung von Kettenläden und Supermärkten aufzuheben sowie innerhalb von fünf Jahren den Handel von Fahrzeugen für ausländische Unternehmen zu öffnen. (AWSJ, 24.10. und 30.10.00; NZZ, 30.10.00)

Die multilateralen Aufnahmegespräche werden nach einer Pause von fünf Wochen am 6.11. wieder fortgesetzt. Ob China noch in diesem Jahr in die WTO aufgenommen wird, erscheint immer unsicherer. So gibt es noch immer ungeklärte Frage in den Bereichen Agrareinfuhrquoten, chinesische Produktstandards und Handelsrechten. (HB, 13.10.00) -schü-

28 China zeigt Interesse an japanischen Hochgeschwindigkeitszügen

Mitte Oktober führte der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji in Japan Gespräche über wirtschaftliche Zusammenarbeit. China ist an einer Ausweitung japanischer Investitionen und an einer Beteiligung der

Erschließung der Westregion interessiert. Weiterhin wies Zhu Rongji darauf hin, dass japanische Hochgeschwindigkeitszüge durchaus auch im Transportsystem Chinas Verwendung finden könnten und forderte Japan auf, eine Teststrecke zu bauen.

In Gesprächen mit Vertretern der japanischen Wirtschaft kündigte Zhu an, dass noch während seiner Amtsperiode, die im Jahr 2003 endet, eine Entscheidung über den Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Beijing-Shanghai (1.300 km) fallen werde. Als konkurrierende Alternativen bewerben sich derzeit der europäische TGV/ICE, der deutsche Transrapid sowie der japanische Hochgeschwindigkeitszug Shinkansen und eine japanische Magnetschwebbahn. (HB, 16.10.00)

Während seines Japanbesuchs unternahm Zhu Rongji Mitte Oktober eine zwanzigminütige Testfahrt mit der Magnetschwebbahn, die eine Spitzengeschwindigkeit von 452 km/h erreicht. Angeblich soll Zhu nach der Fahrt bemerkt haben, dass Lärm und Erschütterungen im Tunnelbereich größer als im Transrapid gewesen seien. (NfA, 17.10.00) Für Vergleichszwecke sei der Bau einer Teststrecke der japanischen Magnetschwebbahn in Beijing oder an anderen Orten Chinas willkommen, erklärte Zhu Rongji. (HB, 10.10.00)

Beim Zusammentreffen mit japanischen Wirtschaftsvertretern wies der Vorsitzende des Unternehmerdachverbandes Keidanren, Takashi Imai, auf Defizite bei den rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen hin. Er forderte auch einen besseren Zugang für japanische Versicherungsgesellschaften zum Versicherungsmarkt Chinas sowie die Anerkennung der Wirtschaftsverbände japanischer Unternehmen als offizielle Gesprächspartner staatlicher chinesischer Stellen. (HB, 16.10.00)

Während seines Besuches drängte Zhu Rongji auf eine japanische Beteiligung an der geplanten umfassenden Infrastrukturentwicklung Westchinas. Allerdings äußerte sich ein Sprecher des Keidanren in einem Interview mit dem *Handelsblatt* eher ablehnend zu einer Finanzierung von Infrastrukturprojekten in der Region. Es müsse zwischen privaten Investitionen und